



Fraktion Norderstedt

19.02.2020



Dagmar Feddern

PRESSEMITTEILUNG

zum gescheiterten Grünen-Antrag im Hauptausschuss vom
10.02.2020

Keine Genehmigungen/Verbot von privaten Osterfeuern

Die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen haben bei der Sitzung im Hauptausschuss der Stadt Norderstedt (10.02.2020) eine große Chance verpasst, um kooperativ Gesundheitsgefahren für Menschen in dieser Stadt abzuwenden. Dazu gehört Belastungen für Flora und Fauna so gering wie möglich zu halten und dem Leitziel „Klimaschutz“ in unserer Stadt Vorrang einzuräumen!

Es geht nicht um Gängelung von Bürger*innen, auch nicht um einen Generalverdacht, dass die Bürger*innen sich nicht an die Stadtverordnung über die Regeln für offene Feuer halten würden, und es geht schon gar nicht darum, dass private Kaminöfen doch viel mehr Schadstoffemissionen erzeugen. Das Thema steht ja auf Bundesebene schon länger auf der Agenda des Umweltbundesamtes und verlangt zukünftig neue Filtertechniken, neue hochwertige Kaminöfen, und überalterte Anlagen werden stillgelegt.

Sondern hier gilt es dem Logo der Stadt Leben einzuhauchen: **„Zusammen. Zukunft. Leben.“** Dazu gehört auf jeden Fall Rücksichtnahme und Einsichtsfähigkeit.

Wenn wir das nicht beherzigen, dann bleibt alles in unserer Stadt nur ein schöner Schein ohne Substanz!

Zur Information:

Konsens gibt es innerhalb der Bundesländer darüber, dass öffentliche Osterfeuer zur Brauchtumpflege gehören. Sie sollten an wenigen geeigneten Stellen der Stadt/Kommune sachgerecht z. B. von der Feuerwehr, Vereinen oder Kirchengemeinden durchgeführt werden. Als Nachbarschaftstreff bietet sich dort die Möglichkeit, das Brauchtum lebendig zu halten. Voraussetzung ist, dass die Veranstaltung für alle zugänglich ist. Da kann dann jede*r selbst entscheiden, ob er/sie sich der gravierenden Luftverschmutzung ganz nah und direkt aussetzen möchte.

Private Osterfeuer werden z. B. in Niedersachsen nicht als Brauchtum bewertet und sind dort schon seit Jahren grundsätzlich verboten, da es als Zumutung und Gefährdung für die Nachbarschaft bewertet wird. Das gilt auch für etliche Kommunen und Städte in ganz Norddeutschland. Das **„Nachhaltiges Norderstedt“** und die Verwaltungsspitze sollte sich Niedersachsen zum Vorbild nehmen. Jeder kleine Schritt zur Verbesserung unserer Luft und jedes Engagement für den Klimaschutz ist ein Beitrag für unsere Kinder und Enkel. Sie werden uns in der Zukunft daran messen. Global denken und lokal handeln muss deshalb unsere politische Arbeitsgrundlage sein.

Wir, als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, werden in der Sache nicht lockerlassen und bedanken uns bei DIE LINKE., die unseren Antrag unterstützt haben. Natürlich hoffen wir, dass sich die anderen Fraktionen ebenfalls mit der Thematik auseinandersetzen und Mut zeigen, sich für

eine nachhaltige, lebenswerte Stadt einzusetzen und dafür die Bürger*innen über notwendige Konsequenzen im Miteinander aufzuklären und sie auf dem Weg mitzunehmen, den privaten Lebensstil zu überdenken, um uns selbst und unsere Umwelt zu schützen.

Zitat: „*Wir müssen unsere Beziehung zur Natur und zu uns neu denken, uns für die anderen Lebewesen interessieren, die mit uns den oikos bewohnen - jenes gemeinsame Haus, das durch unser Handeln gefährdet ist.*“ Raphaël Glucksmann: Die Politik sind wir! Gegen den Egoismus, für einen neuen Gesellschaftsvertrag München 2019, S.148)

Dagmar Feddern